

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 75 Pfennig  
pro Quartal, ggf. Bestellgeb.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Soplienstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltlänge 20 Pf.,  
für Werbungsgegenstände 10 Pf.  
Broschüren eigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Avr. 16

Stuttgart, den 20. April 1901

17. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Vorort des Gan X (Regierungsbezirke Münster, Arnberg, Düsseldorf, Köln und Aachen) ist von Dortmund nach Elberfeld verlegt worden. Adresse: Bernhard Grönhoff, Roshstraße 12 in Elberfeld.

2. Wir sehen uns veranlaßt, die Bevollmächtigten darauf hinzuweisen, daß auch in den Abrechnungen des ersten Quartals die von den einzelnen Mitgliedern geleisteten Extrabeiträge wieder gesondert im Abrechnungsformular aufgeführt werden müssen, genau so wie es von uns für das vierte Quartal v. J. angeordnet war. Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß von der Extrasteuer die den Zahlstellen aus den regelmäßigen Beiträgen verbleibenden 20 Prozent nicht in Abzug gebracht werden dürfen.

Soweit es noch nicht geschähen, müssen die übrigen alten Quittungsmarken, sowie Extrasteuermarken spätestens mit der Abrechnung vom ersten Quartal an die Verbandskasse zurückgeschickt werden.

Diesem Bevollmächtigten, welche die Zusammenstellung über die totalen Einnahmen und Ausgaben noch nicht eingesandt und unser Rundschreiben vom 3. d. M. betreffend einzustellende Mitglieder noch nicht beantwortet haben, werden um sofortige Erledigung ersucht.

Der Verbandsvorstand.  
I. A.: A. Dietrich.

## Der Kampf um den Achtstundentag.

In wenigen Tagen werden sich die Arbeiter der ganzen Welt wieder vereinigen zu der großartigen Demonstration für den Achtstundentag und das, was ihn herbeiführen soll: die internationale Arbeiterschutzesetzgebung. Die Demonstration am 1. Mai und der Weltfeiertag der Arbeit selbst ist ein ganz wesentlicher gewerkschaftlicher Agitationstag. Zwar wird auch die Forderung der Abschaffung des Militarismus, seit dem Beschluß des Brüsseler Kongresses, mit erhoben, doch ist bisher stets die Agitation für den verkürzten Arbeitstag und für die Arbeiterschutzesetzgebung im Vordergrund geblieben. Immer tiefer prägt sich die Idee der Arbeiterklasse ein, und es giebt schon heute keine Bewegung mehr, die man dieser großartigen Agitation an die Seite stellen kann. Wir sind überzeugt, daß auch in diesem Jahre allüberall unsere Kollegen und Kolleginnen sich an der Demonstration beteiligen werden und in dem Massenschritt der Klassenbewußten Arbeiterbataillone auch der übrige Widerstand wird.

Mehr als je ist heute die Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit am Plage. In seinem maßlosen Triebe, sich zu bereichern, hat das Kapital während der sechs Jahre der Prosperität der Arbeiterklasse unendlichen Schaden getan dadurch, daß es nicht bloß alle moralischen, sondern auch alle physischen Maximalfranken des Arbeitstags überschritten hat. Welcher Arbeiter, welche Arbeiterin könnte heute noch sagen, daß der Arbeitstag noch

Zeit ließe für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers? Selbst die Zeit für die Mahlzeit ist berart beschränkt, daß dem Arbeiter als bloßem Produktionsmittel Speisen zugefetzt werden, wie dem Dampfessel Kohle und der Maschinerie Talg oder Öl. Der Schlaf, das Mittel zur Erneuerung verlorener Lebenskraft, ist nur noch eine wenige Stunden dauernde Erstarrung, die kaum den erschöpften Organismus wieder belebt. Der Kapitalist fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft des Arbeiters. Ihn interessiert allein das Minimum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann, und wie der habgierige Landwirth sich einen höheren Ernte-Ertrag sichern will, indem er die Fruchtbarkeit des Bodens ausraubt, so sucht der Kapitalist höheren Mehrwerth zu erzielen durch eine unausgesetzte Verlängerung des Arbeitstags, die eine Verkümmern der menschlichen Arbeitskraft bedeutet. Verlängerung der Produktionszeit des Arbeiters bedeutet Verkürzung seiner Lebenszeit.

Das haben auch die Arbeiter erkannt und deshalb ihr Streben auf Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeiterschutzes und Maximalarbeitstag von acht Stunden, die oberste Forderung des Arbeiterschutzes. Die Durchführung dieser Forderungen wird die Wirkung haben, daß dem kapitalistischen Ausbeuter von seinem Ausbeutungssystem nur noch die leeren Hülsen bleiben, während alle seine bisherige Machtvollkommenheit an die durch die Arbeiter geschaffene Gesetzgebung übergeht.

Dieses Streben liegt der Maiseier der organisierten Arbeiterschaft zu Grunde und es beherrscht die ganze Arbeiterbewegung seit Dezennien. Da aber die Arbeiterschutzesetzgebung mit dem verkürzten Arbeitstag nur wirksam sein kann, wenn beide international durchgeführt werden, so ist damit auch der Arbeiterdemonstration am 1. Mai die Richtung gegeben.

Bereits 1880 war die Idee internationalen Arbeiterschutzes zuerst in die Kreise schweizerischer Arbeiter gedrungen und von diesen verfochten worden. Daraufhin mußte sich auch die schweizerische Gesetzgebung mit der Frage befassen. Ende 1880 lud der schweizerische Nationalrath auf Antrag des Obersten Frey den Bundesrath ein, mit den hauptsächlichsten Industriestaaten Unterhandlungen anzuknüpfen zum Zwecke der Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung. Aber die Anfragen, die daraufhin der Bundesrath bei den verschiedenen Regierungen stellte in Betreff ihrer Neigung, sich auf eine internationale Regelung der Fabrikverhältnisse einzulassen, wurden fast allenthalben ablehnend beantwortet.

Doch die Idee war nicht todt. Je mehr sich die Regierungen sträubten, desto energischer nahmen sich die Arbeiter selbst der Frage an. Unter den Arbeitern Deutschlands und Oesterreichs, Frankreichs, Belgiens und Englands gewann die Forderung rasch Verbreitung. 1885 brachte die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags bereits Anträge bezüglich internationaler Arbeiterschutzesetzgebung ein. Ende 1885 folgten die sozial-

demokratischen Vertreter der französischen Deputirtenkammer dem in Deutschland gegebenen Beispiel. Ein Jahr später, als in Gent die belgischen Sozialisten zusammentraten, in Grenchen die schweizerischen Grütlibereine und in Paris der internationale Gewerkschaftskongreß, hatte die Idee bereits berart festen Boden gewonnen, daß alle diese Kongresse sich für internationale Arbeiterschutzesetzgebung aussprachen. Wiederum ein Jahr später, 1887, trat zu St. Gallen der Parteilager der deutschen Sozialdemokratie zusammen und beschloß die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses für 1889 nach Paris. Vom 14. bis 21. Juli 1889 fand derselbe statt, zahlreich besetzt von den einzelnen Ländern, und einigte sich nach langer Debatte auf folgende Forderungen: Ein Normalarbeitstag von acht Stunden. — Verbot der Arbeit von Kindern vor dem 14. Jahre. — Beschränkung der Arbeitszeit der jungen Personen vom 14. bis zum 18. Jahre auf 6 Stunden täglich. — Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für solche Industriezweige, deren Natur ununterbrochenen Betrieb erfordert. — Verbot der Frauenarbeit in Industriezweigen, die für den weiblichen Organismus besonders ungeeignet sind. — Gewährung einer ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 36 Stunden in jeder Woche. — Verbot gesundheitsgefährlicher Industrien. Gleichzeitig beschloß der Kongreß, daß die Arbeiter der ganzen Welt den 1. Mai als Arbeiterfeiertag begehren und dazu benützen wollten, ihrer Zustimmung zu den Resolutionen des Pariser Kongresses Ausdruck zu geben.

Wir sind überzeugt, daß in allen deutschen Städten unsere Kollegen mit für eine glänzende Feier des 1. Mai Sorge tragen werden. Ist es doch die erste Maidemonstration des neuen Jahrhunderts und zugleich die erste unter der verschlechterten Wirtschaftslage. Von der Prosperität haben die Arbeiter Deutschlands keinerlei Vortheile gehabt, die Erfolge des Unternehmertums aber sind außerordentlich große. Der Reichthum, die Machtstellung der deutschen Unternehmer sind außerordentlich gewachsen. Um so mehr müssen demgegenüber die Arbeiterforderungen betont und muß dafür gesorgt werden, daß eine mächtige Arbeiterbewegung mit starken Organisationen den Uebermuth des Unternehmertums im Schach hält. Sie allein kann den Forderungen der Pariser Resolution zum Siege verhelfen und damit für die Arbeiterklasse bessere Zeiten anbahnen. So wenig wir glauben, daß mit der Durchführung des Achtstundentags alle Noth von der Arbeiterklasse genommen ist, so sicher wissen wir andererseits, daß die Verkürzung der Arbeitszeit und die internationale Arbeiterschutzesetzgebung die wichtigste und für sie auch wirksamste Forderung ist, die sie heute an die bürgerliche Gesellschaft zu stellen haben.

Und deshalb ist es eine Ehrenpflicht für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, für jede Arbeiterin, zu sorgen für eine glänzende Demonstration der deutschen Arbeiterklasse am 1. Mai!

## Ein frommes „Geschenk“.

Vor Jahren hat Herr Dr. Hitze, der Sozialpolitiker des Zentrums, der es mittlerweile ja bis zum Professor gebracht hat, mal ein Büchlein für Arbeiterfreize geschrieben. Es ist noch heute jedem Arbeiter bekannt. Der Titel lautete: „Das häusliche Glück.“ Es sollte dem Arbeiter und mehr noch der Arbeiterin zeigen, wie es möglich sei, ein recht glückliches und zufriedenes Familienleben zu begründen, und neben diesem Anderen enthielt das Buch auch eine große Anzahl Kochrezepte. Sie zeigten der Arbeiterfrau, daß es möglich sei, auch mit dem geringsten Einkommen nicht bloß zu wirtschaften, sondern sich sogar noch etwas davon zu ersparen. Eine besondere Berühmtheit hat unter allen den Kochrezepten die Sonntagsknochenuppe erreicht, die, ihren wir nicht, auf zwanzig Pfennig zu stehen kam. Arme Arbeiter, die sich mit allerlei Vorschlägen abspießen lassen, das „häusliche Glück“, welches ihnen der Kapitalismus zerstört hat, wieder zu begründen!

Aber dieses Kochrezept ist typisch für die Art, wie die christlichen Sozialpolitiker die Arbeiterklasse „beschenken“. Glücklicher Weise beginnen dies ja jetzt auch die Arbeiter der „christlichen“ Organisationen zu merken und sich immer mehr den freien Gewerkschaften ihrer Berufe anzuschließen.

Auch jetzt steht uns wieder ein solches christliches Geschenk für die Arbeiterschaft bevor. Im Lande wird bereits viel davon geredet, auch im Reichstag und, als Beantwortung, im Munde des Reichskanzlers, ist das christliche Geschenk bereits genannt worden. Da dürfte es für uns, die wir uns ja besonders mit den Fragen der Sozialpolitik zu beschäftigen haben, von besonderem Interesse sein, den Arbeitern den Werth dieses „Geschenk“ darzulegen.

Den Arbeitern steht die ungeheure Schröpfung ihres Geldbeutels durch die Erhöhung der Getreidezölle bevor. Es ist jetzt klar, daß mindestens eine Erhöhung der Zölle der wichtigsten Getreidearten auf 5 Mk. für den Doppelzentner durchgeführt werden wird. Damit werden wieder Zustände eingeführt wie zu Anfang der neunziger Jahre. Damals hatten wir bekanntlich einen Getreidezoll von 5 Mk., und ein paar schlechte Ernten genügten, um wahre Hungerstichtpreise in Deutschland hervorzurufen. Der Nothschrei des Volkes segte dann

ja auch den 5-Mk.-Zoll hinweg und machte den 3,50-Mk.-Zoll gesetzlich. Heute aber liegen die Verhältnisse schlimmer. Die Anbaufläche des Getreideackers ist stark zurückgegangen; dagegen ist die Baufläche menschlicher Wohnungen durch das Anwachsen der Städte stark gestiegen. Der Preis der Wohnungen und der Lebensmittel ist seit 1890/91 etwa um 20 Prozent gestiegen und ganz bedeutend ist die Bevölkerung des Deutschen Reiches angewachsen. Eine Verdoppelung des Getreidezolls oder auch nur seine Hinaufschraubung auf 5 Mk. wird daher auf die industrielle Arbeiterklasse weit furchtbarere Wirkungen äußern wie 1890/91.

Und bei diesem christlichen Streben, die Massen der Arbeiter auszuhungern, im Interesse des Geldbeutels von 25 000 Großjunkern und Großbauern, helfen den Reaktionären die — Zentrumssozialpolitiker. Wir erleben hier das klägliche Schauspiel, daß alle sozialpolitische Schönrederei dem politischen Interesse untergeordnet wird. Die Zentrumspolitiker wollen parlamentarisch stark sein — sie sind es durch die Unterstützung der Großbauern, die in ihren Bezirken überall für die Wahl von Zentrumskleuten eintreten; also unterstützt das Zentrum die Bauern und Junkeragitation für Erhöhung der Getreidezölle und plündert die Masse der Industriearbeiter aus.

Aber die Sozialpolitiker des Zentrums lassen sich nicht so ohne Weiteres an die Wand drücken, „daß sie quietischen“. Sie versuchen die Industriearbeiter zu halten, indem sie ihnen Sand in die Augen streuen. Ja, die Getreidezölle wollen sie erhöhen, aber der Zoll, der aus den Taschen der Arbeiter kommt, soll nicht mehr in die Kasse des Reiches fließen. Ganz oder wenigstens zum Theil sollen die Arbeiter ihn zurückerhalten. Mit dem Hungerzoll sollen die Witwen und Waisen der Arbeiter versorgt werden!

Das ist das neue Hitze „Kochrezept“, mit welchem die christlichen Sozialpolitiker den Horn der über die Getreidezollerhöhung empörten Arbeiter vom Zentrum abwenden wollen. Im Reichstag hat das Zentrum bereits seinen Willen verkündet und der Reichstag hat mit vielen Wenn und Aber zugestimmt. Sehen wir uns nun das „Geschenk“ einmal näher an.

Die Sozialpolitiker des Zentrums wollen aus „den Erträgen des Getreidezolls“, ähnlich der

Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, eine Witwen- und Waisenversicherung einführen, durch welche diejenigen Arbeiterwitwen und -Waisen „versorgt“ werden sollen, deren Ernährer nicht in Folge eines entschuldigungsspflichtigen Betriebsunfalls verunglückt sind und die somit auf die Armenunterstützung angewiesen bleiben. Die christlichen Sozialpolitiker haben ausgerechnet, daß eine solche Versicherung im ersten Jahre rund 50 000 Witwen mit 94 000 Kindern, im zweiten Jahre rund 98 000 Witwen mit 181 000 Kindern und schließlich durchschnittlich jährlich 750 000 Witwen mit 1 150 000 Kindern zu versorgen haben würde. Die Witwen sollen bis zu ihrer Wiederverheiratung oder bis zum Tode, die Kinder bis zum 14. Lebensjahre rentenberechtigt sein. Es sind von den fürsorglichen christlichen Sozialpolitikern nun auch die Kosten einer solchen Versicherung durchschnittlich berechnet worden und sie sind zu folgendem Resultat gelangt. Im ersten Jahre kostet die Versicherung durchschnittlich 7 Millionen Mark, im dritten Jahre 32 Millionen, im fünften Jahre 56 Millionen und dann schließlich jährlich durchschnittlich 111 Millionen Mark. Dies dünkt den christlichen Sozialpolitikern schon eine beträchtliche Summe, und die Erweiterung des Reichskanzlers hat gezeigt, daß sie den Herren am grünen Tische eher zu hoch vorkommt. Bei einer solchen Durchschnittssumme aber ist als Rentensatz zu Grunde gelegt, daß jede Arbeiterwitwe jährlich 80 Mk., jede Arbeiterin jährlich 40 Mk. erhalten soll oder, auf den Tag gerechnet: jede Witwe täglich 22 Pf., jedes Kind täglich 11 Pf.

Schüt es, ihr deutschen Arbeiter, das ist das christliche „Geschenk“, welches für Euch mit vielen Wenn und Aber und allerhand Vorbehalten zur Zeit zurechtgekocht wird. Und dafür sollt Ihr mit Euren Familien eine Getreidepreisvertheuerung tragen, die, den Sunterverdienst am in- und ausländischen Getreide gerechnet, jährlich eine halbe Milliarde Mark betragen wird — wenn der Zoll auf nicht mehr als 5 Mk. geschränkt wird. Nun hat aber der Reichskanzler bereits erklärt, daß das Reich auf keinen Fall den ganzen Getreidezoll, sondern nur einen Theil — den „die Bedürfnisse überschreitenden Betrag“ — zur Verfügung stellen werde. Entsprechend dem wird sich also auch die Rente verringern, und schließlich sind die Witwen und Waisen

## Kirche und Schule.

Eine kleine prügelpädagogische Geschichte.

Als ich einst in früheren Jahren bei meinem Aufenthalt in Halberstadt das Innere des als Sehenswürdigkeit genannten Domes besichtigte, passirte es mir, darin eingeschlossen zu werden. Im Begriff eine offene Thür zu suchen, sah ich, daß der Prediger seinen Konfirmationskandidaten und -kandidatinnen das Grobexamen, das gewöhnlich der Konfirmation um acht Tage vorausgehen pflegt, abnahm. Ich war gezwungen, der Sache beizuwohnen, obgleich ich an dem kühlen Märzsonntag einen anderen Aufenthalt dem in dem kalten Steinbau vorgezogen haben würde. Es „klappte“ vorzüglich. Die zuhörenden Verwandten mußten ihre helle Freude haben — vorausgesetzt natürlich, daß sie zu Jenen zählten, denen das „klappen“, das Herunterschreuen von eingetrichterten Antworten die Hauptsache war.

„Woburch sündigten Adam und Eva?“ fragte der noch junge Prediger, der ganz Korrektheit war und der den Eindruck machte, als wäre ihm in irdischen Zimmerthal nicht gerade eine Lazarusrolle vergönnt worden. Ein schon in der Reife befindliches Mädchen antwortete prompt: „Dadurch, daß sie von dem Baume der Erkenntniß aßen.“ Was mag sich wohl das Mädchen dabei denken, fragte ich mich topfschüttelnd und fand keine Antwort darauf. Inbezug mein guter Freund, der Schläuberger Mephistopheles, kam mir zu Hilfe. Dieser, für Andere unphöbar, raunte er mir zu:

„Das ist noch lange nicht vorüber,  
Ich kenn' es wohl, so klingt das ganze Buch:  
Ich habe manche Zeit damit verloren,  
Denn ein vollkommener Widerspruch

bleibt gleich geheimnißvoll für Kluge wie für Thoren.  
Mein Freund, die Kunst ist alt und neu.

Es war die Art zu allen Zeiten,  
Durch Drei und Eins, und Eins und Drei  
Irthum statt Wahrheit zu verbreiten.  
So schwärm und lehrt man ungehörig:  
Wer will sich mit den Narren befassen?  
Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört,  
Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen.“

Bei der oben gehörten Probe trat mir die eigene, durch dergleichen Abrihtung auf religiösem Gebiet zum Theil unnütz vergeudete Schulzeit, in einer Berliner Gemeindefschule abholvirt, lebhaft in die Erinnerung. Ich sah sie im Geiste noch dort stehen an der holzgetäfelten Wand, die lange Reihe der auf des Lehrers „Hol Dir eins!“ herausgetretenen Schulkameraden. Ja, ja, die Religionsstunde in der ersten Klasse! Da hatte man so ein unbehagliches Gefühl, ähnlich dem, wenn zu Hause Waschtags war! Dann war bei der Mutter die Geduld am kürzesten und die Hand am lösesten, so auch bei dem Herrn Lehrer am Montag in der Religionsstunde. Nur Unrecht, daß gerade derjenige Theil des Körpers die Strafe erhielt, in dem am allerwenigsten der Sitz der Religion zu suchen ist und der darum auch am allerwenigsten verantwortlich gemacht werden sollte!

So ein Montag mit seiner Religionsstunde warf in unsere Kinderherzen schon am Sonntag seine Schatten voraus. Denn mochte man auch auf der Halbjahreszensur stets Religion „Redt gut“ haben, wer war in dem dicken Bibelbuche so fasseltfest, daß er garantiren konnte, das, was der Apostel Petrus im zweiten Kapitel im vierten Verse sagt, nicht einmal einem Briefe des Apostel Paulus dem fünften Kapitel und siebenten Verse zuzuschreiben? Niemand konnte bei der Fülle der Aufgaben an Sprüchen, Gesangbuchliedern, Glaubens-

artikeln u. s. w. für ein fehlerfreies Aussagen bürgen. Wenn wir da am Sonntag bei dem „Indianer- und Pfanzerspiel“ auf dem Plateau des Kreuzberges in dem Indianerdorf — einem von Buschwerk umgebenen Sandflecken, in dem es in Folge seiner Abgelegenheit auch nicht nach Rosen duftete — die Friedensspeise rauchten (Marke Kastaniensblatt oder Mohrrhod) und es warf einer der Krieger- und Schulkameraden die Frage auf: „Hast schon gelernt?“ dann sank der hölzerne Tomahawk jäh aus der Hand, und der Schatten Morgen Religion wirkte oftmals derartig, daß schließlich das Indianerdorf doch für längere Zeit aus sanitären Gründen unbewohnbar wurde. Und dann der Montag selbst! Wenn man sonst in jenen Jahren des Wachsthums an chronischem Appetit litt und daher allmorgentlich das Frühstücksbrot vor Beginn des Unterrichts „verknack“ wurde — an diesem Tage war es, wenn ja der Appetit über den „Bammel“ Sieger geworden, das reine Hentersmaß!

Wo ist sie hin, diese Zeit, in der dem Sange der Dichter nach der Mensch am glücklichsten ist?!

Mag die Frage offen bleiben, ob ein Glück, dessen sich der Mensch nicht bewußt ist, hohe Schätzung verdient, jedenfalls ist bei einem Volksschüler diese Zeit ebenso wenig von Sorgen frei, als die spätere. Ein Vater, der einigermaßen die Mittel aufbringen kann, sucht es zu ermöglichen, sein Kind eine bessere Schule besuchen zu lassen. Darin dachte man damals so wie heute. Als Kind eines Mittellosen ist das Glück der Kindheit in jeder Hinsicht ein sehr begrenztes, so begrenzt, daß man es unterlassen sollte, das Kind in der Schule mit Dingen zu quälen, die ihm für spätere Zeit vollständig nutzlos sind. Und warum war der Herr Lehrer gerade in religiösen Dingen so unmaß-

froh, wenn sie die Hälfte des obengenannten christlichen Almosen bekommen; für eine Hühnersuppe Knochensuppe ist's ja selbst dann noch Geld genug!

Wenn die Arbeiterklasse die Versorgung ihrer Witwen und Waisen mit einer fünfmal höheren Brotpreisverbesserung begahnen soll, dankt sie für das „Geschenk“. Wohl wissen wir, wie elend die Lage der Arbeitermutter ist, der plötzlich der Ernährer stirbt. Ein Blick auf die Kriminalstatistik redet ganze Bände und macht eine bessere Versorgung der Hinterbliebenen der Arbeiter zu einer sittlichen Pflicht für den kapitalistischen Staat. Doch, was wir mit Köffeln bekommen, mit Scheffeln zu bezahlen, wäre für die Arbeiterklasse ein schlechtes Geschenk.

Zimmerlin ist es gut, schon jetzt die Arbeiter auf das „Geschenk“ aufmerksam zu machen. Wir werden in nächster Zeit öfter davon hören und es ist gut, wenn die Arbeiterklasse über die christliche Mißbegerigkeit aufgeklärt ist. X. Y. Z.

### Ein Beitrag zur Extrasteuerfrage.

„Nachdem sich der Sturm wegen der Extrasteuer schon längst gelegt, nachdem der weitaus größte Teil der durch die Urabstimmung bekannt gewordenen Minorität gegen diese Steuer sich in williger Unterordnung den Beschlüssen der Majorität gefügt und in treuem Pflichtgefühl gegen die Organisation den geringen, notwendigen Tribut geleistet hat, noch ein Herzerguß über diese Frage! Die Alten waren doch bereits geschlossen!“ — So werden viele Kollegen beim Lesen dieser Ueberschrift ausrufen.

Doch gemacht — so ist's nicht gemeint. Nur wenige Wochen noch, die Extrasteuer verschwindet und die alten Beiträge von 35 bzw. 15 Pf. werden wieder erhoben. Ist dies nicht der geeignete Moment für jeden Freund der Organisation, nochmals vorurteils- und leidenschaftslos zu prüfen: Sind die persönlichen Opfer durch diese 10 Pf. Mehrausgabe für die Organisation wirklich so groß, daß sie nicht auch in Zukunft getragen werden könnten? Hindert uns dieser hohe Beitrag wirklich an der Ausbreitung unserer Gewerkschaft? Ist nicht der Vorteil, so schnell als möglich wieder über eine gutgefüllte Kriegskasse zu verfügen, so groß, daß man die verschwindend kleinen Opfer gern in den Kauf nehmen kann? Haben nicht schon Hunderte der Kollegen, welche in edelster, innerster Ueberzeugung gegen die Extrasteuer stimmten und damit der Organisation einen Dienst zu erweisen

glaubten, an sich selbst und in ihrer Mitgliedschaft die Erfahrung gemacht, daß ihre Befürchtungen übertriebene waren?

Diese Ausführungen sollen durchaus kein Kriegsruf zu einer neuen „Machtprobe“ sein, um mit den Worten eines Leipziger Prinzipals zu reden, aber zugegeben muß doch werden, daß für uns noch viel zu thun übrig bleibt. Unsere Tarifvereinbarungen müssen in der Provinz zur Geltung gelangen. Soweit dies nicht möglich ist, muß die Arbeitszeit und die Lohnfrage wenigstens geregelt werden. Kurz, es muß alles unternommen werden, um die Vortheile unserer Tarifgemeinschaft, an welcher bis jetzt nur die Kollegen der Großdruckstädte partizipieren, auch den Kollegen in der Provinz theilhaftig werden zu lassen. Unsere Verbandskasse wird also unsere Kollegen in der Provinz in ihren Bestrebungen thätigst unterstützen müssen. Die Kollegen der Großstädte haben selbst ein großes Interesse daran, daß in dem Sinne gearbeitet wird, einestheils, um dadurch den großen Zuweg nach den Buchbinderzentren abzuschwächen und andernteils, weil erst dann wieder an eine Verbesserung unserer Lage gedacht werden kann, wenn die Provinz entsprechend nachgekommen ist.

Die Arbeitslosigkeit wird in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges von Jahr zu Jahr größer, die entsprechenden Aufwendungen für Unterfützungen werden dementsprechend wachsen. Unsere Pflicht ist es, die Unterfützungen so zu verbessern und auszubauen, daß jeder Kollege als Verbandsmitglied einer unheilverfündenden Zukunft etwas beruhigend entgegensehen kann. Die Thatsache bleibt trotz aller Anfechtung bestehen, daß durch verbesserte Unterfützungseinrichtungen die Stabilität in der Mitgliederbewegung eine größere sein wird.

Es harren unser also noch große Aufgaben in der inneren Ausbahrung unserer Organisation, welche größere Geldmittel nötig macht, darum der langen Rede kurzer Sinn: die Beibehaltung des Beitrages von 45 Pf. für männliche Mitglieder wäre als ein großer Fortschritt auf diesem Wege zu bezeichnen. Darum, Kollegen, ventilitirt diese Frage in der Zeitung und in den Versammlungen, urtheilt ruhig und leidenschaftslos darüber, um eventuell durch eine Urabstimmung ein getreues Abbild der Meinung unserer Mitglieder zu erhalten.

Bezüglich der weiblichen Mitglieder halten wir ein Zurückgehen auf 15 Pf. für geboten, weil unseres Erachtens nach der Verdienst unserer Kolleginnen zu dem der Kollegen in der Hauptsache im Verhältnis von 1 zu 3 steht. Also prüfet alles und das Beste behaltet.

Die Wacht an der Pleiße.

### Zu der Chemnitzer Angelegenheit

wird uns geschrieben: Durch eigenthümliche Umstände waren wir leider nicht früher im Stande, über die Angelegenheit der hiesigen Zahlstelle mit dem Verlag der „Volkstimme“ berichten zu können.

Auf Grund des Nürnberger Antrags stellte die hiesige Zahlstelle bei dem Verlag der „Volkstimme“ die Anfrage: 1. ob derselbe Buchbindergehilfen beschäftigt, 2. ob diese organisiert seien, und 3. wo die „Volkstimme“ ihre sonstigen Buchbinderarbeiten anfertigen lasse? Darauf gab die „Volkstimme“ zur Antwort, daß sie einen Buchbinder als Hilfsarbeiter beschäftige und dieser im Hilfsarbeiterverband organisiert ist. Ihre Buchbinderarbeiten lasse sie zu ziemlich gleichen Theilen bei Herrn H. .... und Herrn R. .... anfertigen.

Diese Antwort beschäftigte die Zahlstellenversammlung vom 23. März 1901, worüber in der „Volkstimme“ vom 29. März folgendermaßen berichtet wurde:

In einer Versammlung der Buchbinder, Zahlstelle Chemnitz, sprach am Sonnabend in Eckarts Restaurant Kollege Schreiter über das Thema: „Wo läßt die Chemnitzer „Volkstimme“ ihre Buchbinderarbeiten anfertigen?“ Kollege Schreiter ging in seinem Referat aus vom letzten Verbandstag 1900, auf dem ein Antrag angenommen wurde, daß der Verbandsvorstand Erhebungen darüber anstellen solle, wie viel Parteidruckereien eigene Buchbindereien besitzen, und weiter darüber, ob die Buchbinderarbeiten solcher Parteidruckereien, die keine Buchbinderei eingerichtet haben, in Werkstätten angefertigt werden, deren Inhaber mindestens die vom Verband aufgestellten Forderungen erfüllen. Bezüglich der Kollegen von Nürnberg, die bei der dortigen Parteidruckerei die Einrichtung einer eigenen Buchbinderei gefordert hätten, war der Redner der Ansicht, daß dieses Ansinnen wohl als etwas zu weit gegangen zu betrachten sei und daß wir ein derartiges Verlangen nicht stellen könnten. Mindestens aber müsse gefordert werden, daß die Arbeiten an Meister gegeben würden, die den Tarif anerkannt hätten und nicht, wie es bedauerlicher Weise vorgekommen sei, daß Meister bevorzugt würden, die wohl am billigsten liefern, aber weder hygienische Einrichtungen in den Werkstätten haben, noch den Gehilfen einen anständigen Lohn bezahlen. Sämmtliche Diskussionsredner äußerten sich in demselben Sinne. Folgende eingegangene Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die organisierten Verusfokollegen des Deutschen Buchbinderverbandes der Zahlstelle Chemnitz erwarten in Zukunft, daß die Buchbinderarbeiten der „Volkstimme“ nur an solche Meister gegeben werden, die den Tarif anerkannt haben und entweder gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind.“

sichtlich streng? fragte man sich später. Möchten die Schüler beispielsweise die Schlacht bei Leutken mal einhundertunddreißig Jahre früher stattfinden lassen, die Muren nicht von Karl Martell bei Tours, sondern von Heinrich dem Vogelfeiler auf dem Lechfelde besiegen lassen, ja beim Pythagoras sich an Lehrsatz, Voraussetzung, Behauptung und Beweis mal ganz nach eigener Methode versündigen, das konnte durchgehen, ohne die strafende Nemesis unbedingt auf das Eigfleisch losgelassen zu wissen — aber der Katechismus, der mußte doch sitzen!

Ein Keil treibt den andern! Wie überall im Leben, so ist es auch hier die Antwort. Bedauerlich und schmerzlich für den zuletzt Betroffenen, den Schüler, daß dieser Keil, der „gelbe Dinkel“, in der Hand des Lehrers schließlich zu Keil-e geworden!

In neuerer Zeit hat ja die Prügelpädagogik erfreulicherweise Einschränkungen erfahren, nachdem ihre Folgen der Deffentlichkeit Stoff zur Kritik gegeben. Die Art der Verabreichung der Schläge ist einseitlicher, geregelter; ganz verboten will man sie indessen für die Volksschule immer noch nicht.

Wenn ich hier Erfahrungen aus meiner eigenen Schulzeit misprechen lasse, so will ich hinzufügen, daß ich in den siebziger Jahren zur Schule ging. In heutiger Zeit sind Bestimmungen getroffen, nach denen nur nach erfolgter Benachrichtigung des Direktors und mit seiner Genehmigung Bestrafungen vorgenommen werden sollen. Anders früher: das Schlagen war äußerst willkürlich. In der alten baufälligen Knabenschule, in der weder ein Schulbiener waltete (vor Beginn und nach Schluß des Unterrichts sorgte eine Reinigungsfrau für Heizung und Entferrnung von Papieren), noch der Direktor persönlich wohnte oder unterrichtete, lehrten einige Lehrer,

die Originale ihrer Art waren. Wie jeder seine eigene und zum Teil recht eigenthümliche Art zu unterrichten hatte, so auch bei Bestrafungen. Der Eine hatte die sanfte Manier, die kurzen Haare hinter den Ohren für das „Gefühlsvolle“ zu halten. Ein Anderer ließ zu seiner Selbstberuhigung und zur Qual des Eiferenden der Strafe die Erklärung vorangehen, daß man nie in der ersten Hitze schlagen dürfe. Ein alter Lehrer habe ihm empfohlen, vor Vollziehung der Exekution in möglicher Ruhe eine Priße zu nehmen. Diesem Rathe kam er dann gewöhnlich auch erst nach. Nun ging er so vor: Auf seinem Podium stehend, den Kopf des untenstehenden Delinquenten zwischen seine Schenkel geklemmt, zog er die Hose desselben straff an und dann mit einem Spruche, der nicht von Schiller war, waltete er energisch und mit ganzer Hingebung der Aufgabe, seiner erzieherischen Thätigkeit mit dem Nothstrich die rechte Würze zu geben. Dabei passirte es allerdings einmal, daß der Geschlagene in seinem Schmerz der geheligten Person des Lehrers in den Schenkel biß, was zur Folge hatte, daß in der Zukunft die Schenkel des Lehrers scharfsteckartig festhielten. Dann kam eine Art, die Manier des Dritten: Ohrfeigen zu applizieren; rücksichtslos natürlich. Mochte sich der Schüler die Schläge an der hinteren Bank schlagen, daß sie aufschwoll — so etwas blieb damals ungeahndet! Dafür war der Herr Lehrer dann aber in anderen Fällen so geistreich, seine Einladungen an andere Sünder, die sich eins über die Fingern holen sollten, in poetischer Form ergeben zu lassen, indem er dem Betroffenen winkte: „Morgenstern, Dich hält' ich gern!“ oder: „Priße, komm hol Dir Hiebe!“

Alle Zwischenfälle, die theilweise zeitvertreibend und für die Nichtbetroffenen erheitend wirkten, hier anzuz-

führen, soll indeß nicht meine Aufgabe sein. Soviel ist jedoch sicher, wenn man später, als reiferer Mensch, an diese Zeit zurückdenkt, glaubt man alles Andere eher, als seine Zeit in einer zu den ernstesten Aufgaben berufenen Anstalt verbracht zu haben.

Waren denn die Schüler nicht selbst schuld, wenn geprügelt wurde? fragt vielleicht Herr Lehrer X. Wir wissen, daß es in den höheren Schulen schon von jeher ohne Schläge geht. „Ja, in den höheren Schulen! denken Sie, das ist auch ganz anderes Material, diese Schüler! In den Volksschulen, in denen auch die Aermsten der Armen am Unterricht theilzunehmen gezwungen werden, mit welchen Knuppelchen hat man da auch zu thun! Wollten Sie vielleicht so eine Klasse, in der häufig „Pallmops“ und „Zeitungsjunge“ nur auf dumme Streiche sinnen, mit Worten regieren, ethisieren?“ giebt vielleicht Herr Lehrer X. zu bedenken.

Allerdings! Bei den bestehenden Schulverhältnissen, da ein Lehrer vierzig bis fünfzig Schüler in einer Klasse zu unterrichten hat, ist es für den Lehrer unmöglich, jeden individuell zu behandeln. Ebenso verhielten oft die Verhältnisse in der Familie des Volksschülers, als da sind elende Erwerbs- und Wohnverhältnisse u., eine allgemeine sittliche Hebung der die Schule Besuchenden. Die Schulfrage bedeutet eben einen Theil der sozialen Frage, die nur bei Lösung der letzteren das rechte Gesicht erhalten kann. Aber vieles wäre auch jetzt schon leicht zu bessern, z. B. die Weglassung der, wie oben gesehen, zwecklosen Religionspautelei; auch manches Aehnliche noch! Die Befriedigung etwaiger religiöser Bedürfnisse des Schülers könnte sehr wohl außerhalb des Schulunterrichts stattfinden. An Predigern und Kirchen fehlt es ja wahrlich nicht! Daß es beim Unterricht aber auch ohne Prügel gegangen ist, das habe ich in derselben

Zu diesem Bericht erklärt der Verlag der „Volkstimme“:

„Es ist nicht wahr, daß wir Meister bevorzugen haben, die am billigsten lieferten. Wir haben nur ein einziges Mal bei Vergebung unserer Buchbinderarbeiten vorher Preise eingefordert, aber auch in diesem Falle nur, weil es sich um hohe, wiederkehrende Auflagen handelte, und für diese Aufträge haben wir noch mehr bezahlt, als in anderen tarifstreuen Buchbindereien gezahlt wird.“

Die weitere Frage, ob genügende hygienische Einrichtungen in den Werkstätten vorhanden waren, bezw. ob den Gehilfen ein anständiger (?) Lohn gezahlt wird, hatten wir zur Zeit nicht zu untersuchen, denn der tariftreue Meister wie auch der angeblich tarifuntreue Meister beschäftigten gar keine Gehilfen bei der Auftragserteilung. Soweit aber der angeblich tarifuntreue Meister Gehilfen zur Aushilfe gehabt hat, sind sie unseres Wissens tariflich entlohnt worden. Der Annahme einer Resolution, wir sollten nur an solche Meister vergeben, die den Tarif anerkennen, bedurfte es also nicht, weil wir wissen, was wir in dieser Hinsicht zu thun haben. Wenn aber neben dieser berechtigten Forderung auch noch verlangt wird, daß diese Meister gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein müssen, so wollen wir eine solche Rawität entschuldigen. Ob mit der gewerkschaftlichen Organisation die Buchbinderinnung, mit der politischen Organisation der konservative Landesverein, oder die der modernen Arbeiterbewegung nächststehenden Organisationen gemeint sind, läßt die Resolution nicht erkennen; wir wollen aber zu Gunsten der organisierten Buchbinder annehmen, daß sie die letztgenannten Organisationen meinen. Da es sich in diesem Falle aber nur um einen einzigen Meister handelt, so wird wahrscheinlich die Organisation die Verpflichtung mit übernehmen wollen, daß wir von dieser einen Person auch zur vollen Zufriedenheit bedient werden. Ist dies aber nicht der Fall, dann werden die organisierten Buchbinder mit ihrer Resolution weiter nichts erreichen, als was wir auch ohne diese Resolution zu thun für recht und billig hielten.

Im Uebrigen wären wir der Organisation der Buchbinder sehr dankbar, wenn sie uns eine Liste der tarifstreuen Buchbindereien von Chemnitz zustellen würde. Der Verlag der „Volkstimme“  
gez. Emil Landgraf.

Die Auffassung, die der Verlag der „Volkstimme“ von dieser Resolution hatte, theilten die Versammlungsbesucher und zumal der Gesamtvorstand der Zahlstelle nicht, und gab letzterer dazu unterm 3. April 1901 folgende Entgegnung:

Die Erklärung in Nummer 74 der „Volkstimme“ zu dem Bericht der Zahlstelle Chemnitz des

Schule, von der ich obiges berichtete, selbst erlebt und will es zur Ehre der Personen, denen das gelang, nicht unterlassen, mitanzuführen. Gehört es doch zu den lichten Bildern in meinen Erinnerungen an die Schulzeit. Es war die Zeit, als wir uns die ersten Vorbeeren im ABC erwarben und zu den „Sechskleppern“ gerechnet wurden. Daß Kinder, denen bis dahin wohl nie ein Zwang auferlegt worden, gerade besser geeignet wären ohne Schläge behandelt zu werden, als die in den oberen Klassen, die doch immerhin schon gewisse Einsicht und Herrschaft über sich selbst besitzen können, wird man nicht behaupten wollen. Das Gegentheil ist eher anzunehmen. Darum waren die Personen, die das zu Stande brachten, Pädagogen, die erfahrt hatten, durch welche Mittel selbst das unverständlichste junge Menschenkind ohne Schläge regiert werden kann — geborene Menschenenergieher!

Zuerst war es ein junges Mädchen, d. h. ein in meiner Erinnerung junges Mädchen; sie kann immerhin auch in den „höheren Semestern“ gewesen sein. Also eine Lehrerin! Vor Allem wirkte sie auf unseren Ehrgeiz, auf unsere Freude am Nehmen und durch unseren „guten Geschma“ auf uns ein. Ihr liebevolles Wesen, die Freundlichkeit im Umgang machte in dem Einzelnen den Wunsch rege, von ihr gelobt zu werden. Die besten Leistungen prämiirte sie durch Geschenke von Tafelsteinen oder durch eine Gabe aus ihrer Düte. Wer von uns es nicht gern einige Schokoladenplättchen von ihr! Von ihren Händen war uns die kleine Gabe viele Prozent größer und ebenso viel schmackhafter, als sie in Wirklichkeit war. Es war eben ihre ganz persönliche Art, uns, die wir sonst so ungenirt waren, zu leiten. Nicht gesagt soll damit sein, daß ich als Mittel gegen unsere Schulmißstände hiermit obligatorische Ver-

Deutschen Buchbinderverbandes veranlaßt uns zu folgender Entgegnung: Es ist wohl wahr, daß ein Buchbindermeister bevorzugt wurde, weil er billiger lieferte als ein anderer, aber mit Rücksicht auf den in Betracht kommenden wollen wir über diesen Punkt schweigen und nur bemerken, daß nach nochmaliger Anfrage der Nichtbevorzugte jedenfalls die betreffende Arbeit zu demselben Preise hätte machen können. Ueberhaupt wird doch in der Resolution nicht gefordert, daß nur Meister, die den Tarif anerkannt haben, Arbeiten der „Volkstimme“ erhalten sollen, sondern „es wird dieses in Zukunft erwartet“. Dann wird auch nicht „verlangt“, daß diejenigen Meister gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein müssen, sondern es wird ebenfalls nur erwartet. Mit anderen Worten, daß diejenigen, welche gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind und dadurch auf demselben Boden stehen als die „Volkstimme“, mehr berücksichtigt werden sollen als andere Meister, die der modernen Arbeiterbewegung hindernd im Wege stehen. Auf die Frage, ob mit der gewerkschaftlichen Organisation die Buchbinderinnung und mit der politischen der konservative Landesverein gemeint sei, finden wohl die Leser der „Volkstimme“ die Antwort selbst, wenn sie lesen, daß von der Zahlstelle Chemnitz des Deutschen Buchbinderverbandes die Rede ist. Diese Spitzfindigkeit hätte sich Herr Landgraf sparen können. Die ganze Angelegenheit ist überhaupt nur im Interesse der Solidarität und des Verbandes in Angriff genommen worden, und wir hätten nicht erwartet, daß dieselbe eine derartige Behandlung erfahren würde. Allerdings müssen wir konstatieren, daß nicht nur dem Resolutionschreiber, sondern sämmtlichen in der Versammlung anwesenden Kollegen der Fehler unterlaufen ist, vom Tarif zu sprechen, der in Wirklichkeit für Chemnitz noch gar nicht existirt. Wir betrachten dies jedoch nur für einen Formfehler, denn dem Sinne nach ist kein Fehler gemacht worden. In der Resolution hätte es heißen müssen, daß die betreffenden Buchbinderarbeiten nur an solche Meister vergeben werden sollen, welche die vom Verband aufgestellten Forderungen erfüllen. Wenn also der Verlag der „Volkstimme“ nur den guten Willen hat, den wirklichen Sinn der Resolution auszuführen, dann können die organisierten Buchbinder ruhig die Verantwortung übernehmen, daß der Verlag der „Volkstimme“ zur vollen Zufriedenheit bedient wird.

Deutscher Buchbinder-Verband Zahlstelle Chemnitz.

Im Auftrag des Gesamtvorstandes:

Max Reichel, Chemnitz, Mühlenstr. 14, part.

Es liegt im Interesse der Buchbinderorganisation, auf vorstehende Entgegnung nicht zu antworten. Diese

abrechnung von Schokoladenplättchen empfehle — bewahre!

In der nächsten Klasse war es aber auch einer vom stärkeren Geschlecht, der mit Mühe zu regieren wußte; zu meinem Leidwesen — ohne Schokolade sogar! Es ist mir noch gegenwärtig, wie ich einst im Innersten unglücklich war, als ich aus irgend einem Anlaß von ihm vom Klassendritten zum Klassenfünften degradiert wurde!

Aber nur kurze Zeit währte das Glück des Schulfriedens. Aus mir unbekanntem Gründen verließen diese milben Lehrer unsere Schule halb wieder — damit wehte alsbald ein stärkerer Wind! —

Die Lebensschifflein der damaligen Schüler sind nun auch längst hinausgetrieben in den Strom des Lebens. Der Eine landete hier, der Andere dort. Mancher fand guten Ntergrund; Mancher strandete vielleicht auch und ging unter. Die alte Schule ist seit Jahren auch schon vom Erdboden verschwunden. Die Mäuse trauern ihr möglicherweise immer noch nach; denn in den modernen Häusern, die jetzt auf ihrem Grunde stehen, können sie nimmermehr so schöne Herbergen und Tummelplätze gefunden haben. So verändert die Zeit Menschen, Orte und Verhältnisse — alles! Möge sie auch bringen, daß die Volksschule in der Zukunft sich so verändert, daß sie nicht ferner für diejenigen, die in der Wahl ihrer Eltern nicht vorzüglich waren, ein Hemmschuh sei, auf daß sie jedes Schülers Entwicklung bis zur Grenze seiner Fähigkeiten gestatte. Nur eine Schule für alle Volksgenossen, frei von Bevormundung jeglicher Art! Erst solche kann ihre Aufgaben ganz erfüllen.

(Aus der „Bildhauer-Zeitung“.)

Entgegnung erschüttert unsere Erklärung in Nummer 74 nicht im Geringsten.

Der Verlag der „Volkstimme“.  
Emil Landgraf.

Die hiesige Zahlstelle hatte nicht nur die volle Berechtigung, die betreffenden Verhältnisse zu untersuchen, sie war dazu sogar verpflichtet und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens, um dem Nürnberger Antrag zu genügen, und zweitens aus demselben Grunde wie die „Volkstimme“ und andere Arbeiterblätter selbst, wenn sie, und zwar mit Recht, verlangen, daß diejenigen Geschäfte in erster Linie berücksichtigt werden sollen, welche Abonnenten oder Inserenten der betreffenden Zeitungen sind. Die Sache ist nur leider etwas übereilt behandelt worden, in Folge dessen ist ein Formfehler gemacht worden. Dem Verlag der „Volkstimme“ ist der wirkliche Sinn der Resolution ganz genau bekannt, aber ein Fehler war es ebenfalls und auch kein kleiner, der betreffenden Resolution eine derartige Auslegung zu geben, welche besser unterblieben wäre, zumal es sich hier in der Hauptsache darum handelte, unseren Kollegen R-r. etwas besser als bisher zu unterstützen, der schon viele Jahre der gewerkschaftlichen, sowie auch der politischen Organisation angehört, als er noch Gehilfe war und seiner Ueberzeugung auch noch als Meister treu ist und bleiben wird, während auf der anderen Seite der betreffende „tarifuntreue“ und bevorzugte Meister H. es nicht einmal der Mühe werth hält, auf die „Volkstimme“ zu abonnieren, für die er schon jahrelang arbeitet.

Ein Fehler war dies auch deshalb, weil durch den „Vorwärts“ die gesammte intelligente Arbeiterschaft von der angeblichen Beschränkung der Chemnitzer organisierten Buchbinder informiert wird und es fraglich ist, ob auch die Entgegnung der Letzteren, die der Geschichte doch ein ganz anderes Aussehen giebt, ebenfalls vom „Vorwärts“ abgedruckt wird.

Die ganze Angelegenheit ist in der Zahlstellenversammlung vom 6. April nochmals eingehend besprochen und sodann beschlossen worden, dieselbe in unserer Buchbinderzeitung niederzulegen, damit wenigstens unsere organisierten Kollegen ein richtiges Bild davon bekommen.

Für die Zahlstelle Chemnitz: R-r.

Zu Vorstehendem gestatte man einige Anmerkungen, zumal wir uns mit den Ausführungen des Einsenders nicht im Einverständnis befinden.

Vorweg mag jedoch bemerkt sein, daß die Art und Weise der Behandlung dieser Angelegenheit von Seiten der „Volkstimme“ denn doch vortheilhaft absteht gegen die, die der Nürnberger Sache von Seiten der „Tagespost“ gewidmet wurde, wenn es vielleicht auch als überflüssig bezeichnet werden kann, der Resolution eine solche Auslegung zu geben, denn es wird auch der Redaktion der „Volkstimme“ nicht unbekannt sein, daß die in Arbeiterversammlungen angenommenen Resolutionen nicht immer eine glückliche und stillschweigend unanfechtbare Fassung haben. Aber immerhin war das Verhalten der „Volkstimme“ anständiger, wenn man fernerhin noch bedenkt, daß, wie es uns wenigstens bedünkt, das Verlangen der Chemnitzer weniger gerechtfertigt erscheint, wie das der Nürnberger.

Der Verlag der „Volkstimme“ betundet, daß er nicht aus Gründen des Profits einen Theil der Arbeiten an den betreffenden Meister vergiebt. Wir müssen dieser Bekundung Glauben schenken, da auch die Chemnitzer Kollegen diese nicht bestreiten oder entkräften können. Mit der Hauptsache — die wiederum von den Chemnitzer Kollegen nicht bestritten wird —, daß beide Meister keinen Gehilfen beschäftigen, wird aber auch der Einwand hinfällig, daß bei Vergebung der Arbeiten darauf Bedacht genommen werden soll, daß die Arbeiter tarifmäßig, oder den am Orte von der Organisation bestimmten Forderungen gemäß, entlohnt werden sollen. Den Parteigeschäften noch aufzutragen, darauf achten zu müssen, daß die betreffenden Meister, die nicht einmal Gehilfen beschäftigen, in ihren Werkstätten die notwendigen sanitären Einrichtungen zc. haben, hiesie wohl doch den Parteigeschäften eine zu zarte Rücksichtnahme auf die Herren Meister auferlegen. Ob nun bei Vergebung von Arbeiten der Verlag einen Meister berücksichtigen will, der Parteigenosse und Gewerkschaftsmitglied ist, gegenüber einem, der nicht Abonnent des Parteiorgans ist, bleibt nach unserer Auffassung lediglich diesen überlassen. Ein Recht, dieses zu verlangen, haben wir jedenfalls nicht, thut er es auf private, persönliche Fürsprache, so kann es uns recht sein, jedenfalls müssen sich die Parteigeschäfte hier freie Hand lassen,

denn nicht Jeder ist ein tüchtiger Buchbinder, der ein eifriger Parteigenosse ist.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Chemnitzer Angelegenheit doch wohl viel persönliches Interesse vorliegt, zu deren Verfechtung der Verband aber absolut keine Ursache hat. Die Argumentationen des Einbinders halten wir nicht für stichhaltig und auch die Befürwortung des einen Interessierenden, daß er als Meister der Partei und Gewerkschaft treu bleiben wird, kann ihm keine Anwartschaft auf alle von dem Verlag zu vergebende Arbeit sichern. Wir stehen nicht an zu erklären, daß sich nach unserer Meinung der Verlag der „Volksstimme“ im Recht befindet.

Die Redaktion.

## Ueber den Verlauf der Nürnberger Angelegenheit

entnehmen wir der „Fränkischen Tagespost“ einen Protokollauszug über die Verhandlungen der Preßkommission.

Die Sitzung fand am Charfreitag, Nachmittags 3 Uhr beginnend, statt und war zusammengetreten, um über die Forderungen der Nürnberger Buchbinderorganisation, gestellt an unsere Parteidruckerei, zu entscheiden. Anwesend waren fünf Vertreter des Buchbinderverbandes, sowie der Handelsgesellschafter nebst dem Geschäftsleiter Genossen Sybow; außerdem als Vertreter der Redaktion Genosse Scheibemann.

Die Buchbinder verlangten ursprünglich die Errichtung einer Buchbinderei und Anstellung eines Buchbinders in dem Parteigeschäft. Diese Forderung wurde jedoch von den Buchbindervertretern zurückgezogen und dafür verlangt, daß

1. die Parteidruckerei ihre Buchbinderaufträge nur an Firmen vererbe, welche die gewerkschaftlichen Forderungen in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit erfüllen.

2. Die „Fränkische Tagespost“ sei verpflichtet, die gegen die Buchbinderorganisation gerichteten Vorwürfe zurückzunehmen.

Der Vorstand der Buchbinderorganisation begründet eingehend diese Forderungen und schließt: Wenn die Preßkommission nicht in diesem Sinne entscheide, würden die Buchbinder auch weiterhin sich an die Öffentlichkeit wenden.

Genosse Sybow begründet den ablehnenden Standpunkt zur Errichtung einer eigenen Buchbinderei zunächst. Die Aufträge reichten nicht aus für dauernde Beschäftigung. Bald sei viel zu thun, plötzlich wieder nichts; dazu komme, daß eine Buchbinderei einer sachverständigen Leitung bedürfe, wie jedes andere Geschäft, wenn sie rentabel sein solle. Des Weiteren widerlegt Sybow den Vorwurf, als lasse er in Buchbindereien arbeiten, die Löhne unter dem Tarif der Buchbinderorganisation zahlen. Ein Buchbinderlohntarif besteht hier nicht, hat überhaupt nie bestanden. Man möge erst für zeitgemäße Lohnsätze sorgen, bevor man Vorwürfe erhebe. Weber an unser Geschäft, noch an die angegriffene Buchbinderei ist die Buchbinderorganisation niemals vorher mit Forderungen herangetreten. (Buchbinderorganisator Müller ruft dazu: „Sollen wir [die Gewerkschaft der Buchbinder] zu den Unternehmern hingehen?“) Notorische Lebrlingsdruckerei, wie der von Latier schon 1900 auf dem Sterkongress der Buchbinder erhobene Vorwurf lautet, treiben die betreffenden Firmen nicht; seit drei Jahren hatten sie zusammen einen Lehrling. (Müller ruft wieder dazu: „Weil er keinen bekommt.“) „Und doch die öffentliche Verleumdung“, erklärt Sybow, was Müller mit der Zwischenbemerkung beantwortet: „In den Zeitungen habe er einen Lehrling doch gesucht!“ Sybow wiederholt sein der Buchbinderkommission schon bei der ersten Verhandlung sofort erklärtes Einverständnis mit der Forderung, daß Arbeiten nur an Firmen vergeben werden, welche die Lohnforderungen der Gewerkschaft der Buchbinder erfüllt hätten. Die Buchbinderorganisation solle aber doch erst Forderungen aufstellen und wie es ihre Pflicht sei, für die Durchführung sorgen. Wenn aber gegen die Geschäftsleitung der Fränkischen Verlagsanstalt trotzdem die bekannten Vorwürfe erhoben wurden und man sich nicht scheue, das schmutzigste Organ Nürnbergs, den „Fränkischen Kurier“, hierzu zu benutzen, so könne man nur tiefsten Abscheu über solches Treiben empfinden.

Die Preßkommission beschließt sodann auf Antrag des Vorsitzenden, daß abwechselungsweise ein Redner der beiden Parteien zum Wort kommen soll. Aus der darauf folgenden Diskussion, an der sich kein Mitglied der Preßkommission beteiligen durfte und die bis

Abends 3/8 Uhr währte, sei erwähnt, daß Genosse Scheibemann die Aufnahme des sogenannten „Schusterartikels“ in der Fränkischen Tagespost rechtfertigte. Wer sich so benehme, wie der Führer der hiesigen Buchbinder in der fraglichen Angelegenheit, habe keine Ursache, sich über den spöttischen Ton des „Schusterartikels“ zu beklagen.

Zu Beginn stellt schließlich eine Reihe von Fragen an die Buchbindervertreter. Aus den Antworten wird festgestellt:

1. daß seit 1892 keinerlei Lohnforderungen an die hiesigen Buchbindermeister gerichtet wurden und damals nur von einem Teil derselben bewilligt wurden;
2. daß weder eine Arbeitseinstellung versucht, noch auch nur die Arbeiterperre über die nicht bewilligten Firmen verhängt wurde;
3. daß somit Lohnsätze nicht bestehen.

Buchbinderorganisator Müller giebt auf Befragen zu, daß er die Kurierartikel zwar nicht verfaßt habe, aber den Verfasser kenne und die Artikel persönlich auch billige.

Die Preßkommission beschloß darauf einstimmig, nachdem die Buchbinder wie die Handelsgesellschafter sich entfernt hatten, nach eingehender Beratung folgende

### Resolution:

Die Preßkommission stellt nach eingehenden Erörterungen fest, daß die Zahlstelle Nürnberg des Deutschen Buchbinderverbandes bis jetzt den hiesigen Buchbindereibesitzern keinen Lohnsatz unterbreitet hat, somit ein solcher nicht bestehen kann und der Geschäftsleitung der Fränkischen Verlagsanstalt ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Die Preßkommission mißbilligt deshalb auf das Entschiedenste die Art der öffentlichen Behandlung der ganzen Angelegenheit durch die Buchbinder.

Die Preßkommission beschließt weiter:

1. Die Buchbinderarbeiten der Fränkischen Verlagsanstalt sind in Geschäften anzufertigen, in denen Arbeitsbedingungen herrschen, die von der Organisation der Buchbinder mit ausdrücklicher Genehmigung der Zentralleitung von allen Firmen verlangt sind.
2. Die Handlungen der Geschäftsleitung und Redaktion der Parteidruckerei werden gebilligt.

Zu dieser Verständigung hätte es bei einigem guten Willen der streitenden Parteien kommen können, bevor dieser Streit so viel Staub aufgewirbelt hat. Die Berufung auf einen bestehenden Lohnsatz oder gestellte Lohnforderungen halten wir nicht für besonders stichhaltig. Ohne das Bestehen eines solchen kennt doch wohl Jeder die am Orte geltenden anständigen Löhne und Arbeitsbedingungen eines Gewerbes, denn nur wenige Gewerbe haben feste Lohnvereinbarungen, und nur in sehr wenigen Städten bestehen solche; vom Geschäftsleiter eines Parteigeschäftes muß man aber verlangen, daß er darüber Erkundigungen einzieht, bevor er Arbeiten vergiebt. Weiter wird der Beschluß der Preßkommission, der die Handlungen der Redaktion billigt, wohl nicht von Jedermann verstanden werden. Selbst wenn das Verhalten des Kollegen Müller nicht besonders schädlich war, konnte die Redaktion daraus noch nicht das Recht für sich herleiten, in denselben Fehler zu verfallen, den man hier so schön zu rügen weiß. — Sollte der Kollege Müller in irgend welcher Beziehung zu den Kurierartikeln stehen, wie es durch obigen Bericht den Anschein gewinnt, so würden wir das mißbilligen. Wenn auch die Tagespost sich weigerte, die Eingekandt der Zahlstellenverwaltung aufzunehmen, so müßte es doch als verfehlt bezeichnet werden, zur Aufsechtung der Sache sich eines Blattes zu bedienen, das sich in Arbeiterkreisen keines allzu guten Rufes erfreut. Beide Organe, das unserer Partei und das des Feindes, sind dann auch wegen unserer Angelegenheit einander so in die Haare gerathen und haben eine Polemik eröffnet, in der man vergebens den sonst üblichen Konversationston finden dürfte.

## Korrespondenzen.

**Charlottenburg.** Unsere letzte Mitgliederversammlung am 16. März fand mit folgender Tagesordnung statt: Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission, Abrechnung vom Stiftungsfest, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Den Bericht von der Gewerkschaftskommission gab Kollege Hilbert, doch konnte derselbe nur vom August an gegeben werden, weil die Tätigkeit des Delegierten erst von dieser Zeit an begann. Dem Bericht ist kurz Folgendes zu entnehmen: Eine seit einem Jahre be-

stehende Arbeiterchutzkommission wurde, weil sich dieselbe nicht besonders bewährte, da alles von Berlin aus reguliert wird, aufgehoben, und ein von dieser bestehendes Defizit von 4,60 Mk. von der Gewerkschaftskommission gedeckt. Die materielle Grundlage der Gewerkschaftskommissionskasse wurde durch die Einführung einer prozentualen Beitragssteuer geschaffen, und zwar zahlt jede Gewerkschaft pro Mitglied und Jahr 20 Pf. in dieselbe; diese Neuerung befindet sich seit 1. Januar 1901 in Kraft. Außerdem besteht seit dem 1. Januar eine neue Geschäftsordnung, welche auszuarbeiten mehrere Sitzungen in Anspruch nahm. Weiter hatte sich die Kommission des Deferenten mit dem früheren Obmann derselben zu beschäftigen, welcher sich im Laufe seiner Tätigkeit schwere Unterschlagen zu Schulden kommen ließ, meist durch ihm übergebene Gelder für Streikende. Daß sich derselbe natürlich längst aus der Gemeinschaft der Gewerkschafts- resp. politischen Organisation befindet, braucht nicht erwähnt zu werden. Des Weiteren hatte sich die Kommission mit verschiedenen Angelegenheiten zu beschäftigen, so betreffs der Streiklausel der Unterzeichner mit dem Magistrat, der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im Reichstag, der so brennenden Lokalfrage am Orte, der Konsumgenossenschaften u. s. w.; in allen diesen Angelegenheiten wurden öffentliche Volksversammlungen abgehalten. Es kann behauptet werden, die Kommission hatte ein großes Arbeitsfeld zu stellen und hatte manche erregte Debatten, doch ist das Resultat ein erfreuliches zu nennen. Erwähnt sei noch, daß in der Kommission am Anfang des verflossenen Jahres 17 Gewerkschaften vertreten waren, hinzugekommen sind im Laufe des Jahres 3, ausgeschieden 1, mithin besteht dieselbe jetzt aus 19 Gewerkschaften resp. 38 Delegierten.

Den Bericht vom Stiftungsfest gab Kollege Nibel wie folgt: Einnahmen 70 Mk., Ausgaben 68,20 Mk., mithin ein Ueberschuß von 1,80 Mk. Ist der Ueberschuß auch nur ein kleiner, so doch immerhin ein zufriedenstellender, wenn man bedenkt, daß sich unsere Zahlstelle einzig und allein auf den Anspruch fremder Gäste und Kollegen stützen muß. Verfaßt bebauert wurde, daß sich die Berliner Kollegenschaft so wenig an unserem Feste beteiligt hat, mit Ausnahme der Kollegen bei Lüderich & Bauer; ebenfalls bebauert wurde, daß die Berliner Ortsverwaltung nur durch ihren Vorsitzenden vertreten war. Im Allgemeinen verlief das Fest vortrefflich und war für das Amusement der Gäste nach jeder Richtung hin Sorge getragen. Die Festrede des Kollegen Brückner-Berlin verlieh dem Feste den eigentlichen Charakter und wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die gute Laune und das vortreffliche Bier hielt die Festteilnehmer bis zum frühen Morgen beisammen. Hoffen wir, daß unser nächstes Stiftungsfest einen ebenso würdigen Verlauf nehme wie das letzte und daß uns die Berliner Kollegenschaft mehr denn zuvor unterstützen möge.

Längere Zeit nahm die Festsetzung des hiesigen Minimallohns in Anspruch, welcher wegen Nachlässigkeit unsererseits im Verzeichniß unserer Zeitung noch immer auf 18 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit angegeben ist. Es wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme beschloffen, den Minimallohn auf 21 Mk. anzugeben bei einer Arbeitszeit von 9 bis 10 Stunden. Hierauf entspann sich eine lebhafteste Debatte betr. Agitation am Orte, und wurde schließlich wegen vorgerückter Stunde beschloffen, diese Angelegenheit für die nächste Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen. C. H.

**Frankfurt a. M.** Am Montag den 1. April fand in unserer Mitgliederversammlung ein Vortrag des Herrn Direktors v. Trentwald von hiesigen Kunstgewerbemuseum statt über „Moderne Bucheinbände“. In leichtfaßlichem Vortrag gab dieser eine Gegenüberstellung besonders der deutschen, englischen und französischen Technik in der Herstellung der modernen, künstlerisch ausgeführten Bände, wobei der englischen den Vorzug gebend. Er legte dar, wie durch die Preßdruckerei der Geschmack des deutschen Publikums schon so gesunken sei, daß in Wahrheit nur noch wenig Kunstbände verlangt würden im Gegensatz zu England. Deshalb wurde dort auch mehr Sorgfalt auf die Ausführung gelegt, was Redner durch Vorzeigung von Musterbänden, Vorkatzpapieren und Außendekoration demonstrierte. Den Schluß des Vortrags bildete eine reichhaltige Wiebergabe von Deckverzierung durch Lichtbilder.

Sodann wurden die bekannten Vorgänge in Nürnberg besprochen und das Verhalten des Genossen Sybow scharf getadelt, dabei seines hiesigen Verhaltens gedenkend. Auch den Nürnbergern wurde von einem Kollegen der Vorwurf eines unkorrekten Verhaltens ge-

macht und insbesondere die Benutzung des „Fränkischen Kurier“ als Sprachrohr von einem Kollegen gerügt. Hierin gingen die Ansichten der Redner auseinander. Das Resultat der Debatte war die Annahme folgender Resolution:

„Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M. begrüßen das Vorgehen der Nürnberger Kollegen und können sich nicht enthalten, die Zeitung der „Fränkischen Tagespost“ für ihr Verhalten zu tadeln. Die Versammlung erwartet von den Kollegen in Nürnberg, daß sie unbedingt an ihren Forderungen festhalten und denselben mit aller Energie Geltung verschaffen, unbekümmert der ironischen Anspielungen von Seiten der „Tagespost“.

**Fürth** in Bayern. Unsere am 13. April stattgefundene Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Maifeier. 3. Wahl eines Delegierten zum graphischen Kartell. 4. Verschiedenes.

Dem Geschäftsbericht, welcher von Kollegen Dürr gegeben wurde, ist zu entnehmen: Die Zahlstelle Fürth hat in ihrer Mitgliederzahl einen Rückschritt gemacht. Die Interessiertheit der Kollegen ist sehr zu bedauern. Ueber schlechten Besuch der Mitgliederversammlung wird ebenfalls geklagt. Eine Versammlung konnte einmal wegen zu schlechten Besuchs überhaupt nicht stattfinden. Von über 75 Mitgliedern im vorletzten Quartal seien gegenwärtig nur noch 52 zu versetzen. Davon sind 37 männliche und 15 weibliche. Versammlungen fanden im abgelaufenen Quartal 1 kombinierte, sowie 4 Mitgliederversammlungen statt. Die Verwaltung erlebte ihre Arbeiten in 6 Verwaltungssitzungen, 5 Sitzungen des graphischen und 2 des Gewerkschaftskartells. Ferner wird noch die Bibliothek und der Maskenball des graphischen Kartells erwähnt. Dem Kassenbericht, welcher vom Kollegen Ferber mitgeteilt wurde, ist zu entnehmen: Einnahmen der Verbandskasse 262,40 Mk., Ausgaben 163,10 Mk., abgesetzt an die Verbandskasse 99,30 Mk., Lokalkasse: Einnahmen 122,35 Mk., Ausgaben 87,58 Mk., Kassenbestand 34,77 Mk. Außerdem sind 50 Mk. im Saalbau als Darlehen angelegt. Dem Kassier wird auf Antrag des Revisors Bacher Decharge erteilt. Zum zweiten Punkte teilt der Vorsitzende mit, daß das Gewerkschaftskartell beschlossen hat, in diesem Jahre energisch für die Arbeitsruhe einzutreten. Wenn er auch diesen Entschluß billigt, so glaube er doch nicht, daß wir in unserem Beruf von einer Arbeitsruhe in größerem Umfang sprechen können. Wir sind eben in den meisten Geschäften als Nebenbranche zu betrachten. Jedoch in Firmen, wo die Arbeiter zum großen Teil feiern, sollten auch wir versuchen, für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. In ähnlichem Sinne sprechen sich mehrere Kollegen, sowie ein Lithograph aus. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die heute am 13. d. M. stattfindende Versammlung der Zahlstelle Fürth spricht die Erwartung aus, daß der 1. Mai nach Möglichkeit gefeiert werden soll, und giebt es jedem Kollegen anheim, da, wo es möglich ist, unbedingt den 1. Mai zu feiern. Ferner wurde ein Antrag, den am 1. Mai arbeitslosen und zugereisten Kollegen aus der Lokalkasse 1 Mk. zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Hierauf wurde Kollege Adolf Zahn als Delegierter zum graphischen Kartell gewählt; dem bisherigen Delegierten Neckling spricht die Versammlung für seine Tätigkeit ihre Anerkennung aus. Die Versammlungen nunmehr noch alle Monate abzuhalten, wird einstimmig beschlossen.

Kollege Dürr teilt die Angelegenheit der „Tagespost“ contra Zahlstelle Nürnberg, soweit diese aus der „Buchh.-Ztg.“ und der „Tagespost“ ersichtlich ist, mit. Zum Schluß meint er, es sei bedauerlich, daß die Nürnberger Kollegen aus dieser Angelegenheit, die mit einigen Worten erledigt werden können, eine solche Haupt- und Staatsaktion gemacht hätten. Auch tabelt er die Handlung desjenigen Kollegen, der es nicht verabsieht hat, sich an eine Zeitung wie den „Fränk. Kurier“ zu wenden. Er ist der Ansicht, daß in dieser Angelegenheit von einzelnen Personen in unverantwortlicher Art und Weise gekündigt wurde. Kollege Ferber sagt, die Nürnberger Kollegen hätten sich in dieser Angelegenheit unsterblich blamiert; er kann es nicht begreifen, wie die Zahlstelle Nürnberg der „Tagespost“ die Firma Urnt & Kaltmeyer für Buchbinderarbeiten empfehlen kann, eine Firma, die Löhne von 13 bis 18 Mk. zahlt. In ähnlichem Sinne spricht sich Kollege Neckling aus. Kollege C. Höllner, der als Mitglied der Preszkommision der Sitzung in Nürnberg betwohnte, erklärt: Die Nürnberger Kollegen hätten noch kein Recht gehabt, in der

Buchbinderzeitung von einem Konflikt mit der Tagespost zu sprechen, bevor sie sich nicht an die Preszkommision gemandt hätten. Die Preszkommision sei dazu da, um eventuelle Beschwerden der Arbeiterschaft zu begutachten; statt dies zu thun, wenden sie sich an eine Zeitung, deren Tendenz jeder Arbeiter zu beurteilen weiß; das Verhalten der Nürnberger Kollegen in der Sitzung der Preszkommision spottete jeder Beschreibung. Der Geschäftsleiter der Tagespost hat berechnet, daß die Buchbinderarbeiten der Tagespost sich täglich circa 1,50 Mk. stellen, während ein Gehilfe 3,50 bis 4 Mk. erhalten müsse. Ferner sei es unwahr, daß Mädchen an der Schneidmaschine ständen. Diese Arbeit, die sehr gering sei und selten vorkomme, würde vom Hausburschen oder anderen Arbeitern gemacht. Auch ist festgestellt, daß jene Firma, von der die Zahlstelle sagt, sie zahle Hungerlöhne, ihre Arbeiten ebenso honorirt erhält wie jene, die zur Zufriedenheit der Nürnberger Kollegen zahlen soll. Statt nun zum ersten Prinzipal zu gehen und dort bessere Löhne zu verlangen, sänden sie es für leichter, in der Parteidruckerei Rabau zu machen. Redner erwähnt noch Mehreres, was aber nicht alles wiedergegeben werden kann, da sonst die Inanspruchnahme des Raumes unserer Zeitung zu groß wäre; schließlich wendete er sich auch gegen den Schusterartikel in der Tagespost. Zum Schluß erwähnt er noch, daß in Nürnberg seit Jahren in der Buchbinderlei keine Lohnbewegung mehr stattgefunden habe und von tariflichen Vereinbarungen in Nürnberg überhaupt keine Rede sein kann.

An der Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Hertlein und Schriftsetzer Masfenbrei. Eine Resolution, welche diese Angelegenheit durch die Preszkommision für erledigt hält, wurde abgelehnt, jedoch der Wunsch geäußert, diese Sache nicht weiter aufzubauen.

Nachdem Kollege Dürr noch auf die Allgemeine Branchenversammlung des graphischen Kartells am 20. April, sowie auf die am 22. stattfindende öffentliche Versammlung des Gewerkschaftskartells, in welcher Genosse Segitz über den Milleranbischen Streikgesetzentwurf referiren wird, aufmerksam gemacht hatte, wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen. H. D.

## Rundschau.

\* Die Lage des Arbeitsmarktes. Der Niedergang in den Beschäftigungsverhältnissen der deutschen Arbeiter, wie er seit Jahresfrist deutlich erkennbar ist, hat im März angebauert, ohne jedoch weitere Fortschritte zu machen. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängen sich um je 100 offene Stellen 122,2 Arbeitsuchende, während in dem entsprechenden Monat des Vorjahres Angebot und Nachfrage sich ziemlich genau (99,8) die Waage gehalten hatten. Die Zunahme der Beschäftigten in den Krankenkassen, die regelmäßig mit Beginn des Frühjahrs eintritt, war in diesem März um 1 Prozent stärker als im vorjährigen (3,9 gegen 2,9); was freilich in der Hauptsache auf den abnorm starken Rückgang im Februar zu schieben ist. Die gespannte Lage in der Metall- und Maschinenindustrie dauert unverändert fort. In den Textilgewerben wird in Schlessien geklagt, während in Rheinland-Westfalen wenigstens die Leinwandweberei gut beschäftigt ist. Das Baugewerbe leidet unter den Verhältnissen des Hypothekemarktes, hat aber an einzelnen Orten die Frühjahrswitterung doch schon auszunützen vermocht. Das Zurückströmen der Arbeiterinnen in den häuslichen Dienst, das bei einem Uebergang der Industrie auf die Dauer unvermeidlich ist, hat bis jetzt nicht stattgefunden. Nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift dauert der Dienstbotenmangel einweilen fort.

\* Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen hielt Osnern seine Generalversammlung ab. Der Verband zählt 345 Mitglieder in 53 Orten und besitzt als obligatorisches Organ das Handlungsgehilfenblatt. Als Hauptpunkte standen auf der Tagesordnung neben der Bildung von Agitationsbezirken die Einführung eines Unterstützungsfonds und Gründung eines eigenen Verbandsblattes.

Vertreten waren 41 Orte durch 102 Mitglieder. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir einen Aufschwung in der Mitgliederzahl. Es wurde eine Statistik veranstaltet, deren Ergebnis aus 92 Fragebogen bearbeitet wurde und sich auf eine Personenzahl von 508 erstreckte. Die niedrigste Geschäftszeit hatten 20 Personen mit 63 Stunden, die höchste Geschäftszeit hatten 9 Personen mit 90 Stunden. Die größte Anzahl von Personen, 349, hatten eine Geschäftszeit von 71 bis 80 Stunden pro Woche. In drei Fällen ist die Arbeits-

zeit höher als die Geschäftszeit. Der Achtuhr-Ladenschluß existirt für 422 Personen, ebenso der Sonntagsschluß für 320 Personen. Es wurde allgemein Klage geführt über die schlechte Bezahlung, hervorgerufen durch die Dividendenjagd der Konsumvereine. Auch die Kompetenz der Lagerhalter, Hilfskräfte nach eigenem Ermessen zu engagiren und zu entlohnen, wurde scharf verurtheilt. Die Einführung der Sonntagsschicht wurde im Allgemeinen befürwortet. Als ein besonders drastischer Fall, der von der Lage der Lagerhalter ein Beispiel giebt, wird der Konsumverein von Hohnstedt bei Halle angeführt, welcher bei einer Arbeitszeit von 5 bis 9 Uhr im Sommer und von 6 bis 9 Uhr im Winter und einem Umsatz von 48000 bis 56000 Mk. den Lagerhalter und dessen Frau mit 2 Prozent entlohnt. Schuld an solchen Verhältnissen, so urtheilt man im Allgemeinen, seien die Lagerhalter zum größten Theile selbst, man solle sich nicht auf die Humanität der Konsumvereine verlassen, sondern sich organisiren wie jede andere Gewerkschaft; seien doch von 4000 in Deutschland bestehenden Konsumvereinen nur 148 im Verband vertreten.

Eine rege Debatte entstand bei der Gründung einer eigenen Zeitung, welche nicht ein absolutes Kampfblatt werden solle, sondern auch die Genossenschaftsbewegung zu unterstützen gewillt sei, soweit es mit den Interessen der Lagerhalter zu vereinbaren ist. Es soll sich mit der Kritik der von den Konsumvereinen herausgegebenen Rechenschaftsberichte befassen.

Von verschiedenen Seiten wurde von der Gründung eines eigenen Organs abgerathen; es bedeute eine Zersplitterung der Kräfte und würde Zweieracht in die Reihen der Handlungsgehilfen säen. Es wurde auf die bevorstehenden Verbesserungen des Handlungsgehilfenblattes aufmerksam gemacht, welche darin festsetzen sollen, den Sitz des Blattes von Berlin nach Hamburg zu verlegen und einen besoldeten Redakteur anzustellen, der, weil mit den Interessen der Lagerhalter sehr vertraut, der Bewegung größere Verlässlichkeit als bisher schenken könne. Alle diese Einwände wurden widerlegt, auch der Vorschlag, noch ein Jahr die Angelegenheit zu vertragen, übergangen und die Gründung eines monatlich erscheinenden Blattes mit 68 gegen 31 Stimmen beschlossen. Der Vorstand wurde durch 2 Beisitzer ergänzt und ein Kontrollauschuß von 3 Personen mit dem Sitz in Berlin bestimmt.

\* Der Zentralverband der Zimmerer hielt seine 14. Generalversammlung in Nürnberg ab. Nach dem Geschäftsbericht waren Ende 1900 476 Zahlstellen mit 25 272 Mitgliedern vorhanden, gegenüber 22 204 Mitgliedern im Jahre 1898. In 42 Zahlstellen kam es 1899 zu Ausständen; an den allgemeinen Ausständen waren 3047, an den theilweisen 707 Personen theilhaft. Bei den allgemeinen Ausständen wurde für 40 217 Tage, bei den Plüßausständen für 2600 Tage Unterstützung gewährt. 84 Streiks waren erfolgreich, 23 theilweise, 16 gingen gänzlich verloren. Im Jahre 1900 kam es in 57 Zahlstellen zu allgemeinen, in 75 Fällen zu theilweisen Ausständen, woran 3498 resp. 467 Personen theilhaft waren. 66 Streiks waren erfolgreich, 23 theilweise, 22 erfolglos. Es wurde für 32 426 Tage bei den allgemeinen und für 1700 Tage bei den partiellen Ausständen Unterstützung gewährt. Die Gesamtkosten der Ausstände 1899 betrugen 91 081 Mk., 1900: 58 585 Mk. Eine Verbesserung der Löhne war 1900 in 276 Zahlstellen zu verzeichnen.

Zu dem Punkte: Bericht über den Frankfurter Gewerkschaftskongress, beantragte Hofe-Weipzig, der Generalkommission von Seiten des Verbandes die Beiträge zu streichen, unter Hinweis auf die Haltung der Generalkommission in der Leipziger Angelegenheit. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, worin die Versammlung sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden erklärt und die dem Verband von dem Kongress auferlegten Verpflichtungen übernimmt.

In einer anderen, ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution spricht sich die Generalversammlung für den Abschluß von Tarifverträgen aus.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Beschlossen wird, am 1. August eine Abstimmung vorzunehmen und erklären sich in dieser Abstimmung zwei Drittel der Mitglieder dafür, so soll dieselbe am 1. April 1902 in Kraft treten.

Der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz wurde ein Jahresbeitrag von 1000 Mk. aus Verbandsmitteln bewilligt. Einschneidende Aenderungen am Statut wurden vorgenommen. Es wird Rechtschutz, Reise-

unterstützung und Entschädigung für verbranntes Handwerkszeug gewährt. Die Reiseunterstützung wird pro Kilometer mit 2 Pf. berechnet. Ein vierter besoldeter Beamter wird angestellt und die Gehälter auf 2160 M. festgelegt.

\* Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes plant eine vollständige Reorganisation nach Art des Buchdrucker- und Holzarbeiterverbandes. In der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Ztg.“ werden folgende die dahingehenden Anträge des Hauptvorstandes zu dem Pfingsten nach Nürnberg einberufenen Verbandstage veröffentlicht. Darnach sollen zur besseren Betreuung der Agitation und Leitung der Organisation zehn Agitations- und Verwaltungsbezirke (sogenannte Gauen) errichtet werden, mit einer besoldeten Person an der Spitze. Nach der Kalkulation des Vorstandes ist im Vorschlag pro Bezirk ein jährlicher Betrag von 5500—6000 M., also für alle zehn Bezirke zusammen ein Betrag von 55000—60000 M. in Rechnung zu stellen. Ueber die Grundsätze, von denen sich der Vorstand bei Anstellung der besoldeten Betriebsleiter leiten lassen will und die er dem Verbandstage zur Bestätigung unterbreitet, heißt es in der Begründung des Antrags wörtlich:

„Bezüglich der Besoldung der Bezirksleiter steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß diese Besoldung eine derartige sein muß, daß nicht nur der Betreffende damit auskommen kann und jeglicher Sorge um seine Existenz begeben ist, sondern daß sie auch eine Gewähr dafür bietet, daß sich nur tüchtige Kräfte zur Verfügung stellen und diese auch dann in ihrer immerhin aufreihenden Tätigkeit nicht erlahmen. Von dieser Auffassung ausgehend, hält der Vorstand ein Anfangsgehalt von 2000 M. im Jahre durchaus nicht zu hoch, schlägt aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich jeder Bezirksleiter erst einarbeiten muß, vor, das Gehalt für diese Beamten mit 160 M. pro Monat im ersten Jahre beginnen zu lassen, bei der Anstellung nach Ablauf dieses Jahres auf 180 M. pro Monat zu erhöhen und von da an eine monatliche Steigerung des Gehaltes um 5 M., bis zum Höchstbetrage von 3000 M. pro Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wären diese Beamten sicher zu stellen gegen Krankheit und Unfälle, die ihnen während ihrer Tätigkeit zustößen, und auch gegen die Schäden der Invalidität und des Alters. Eine derartige Regelung, wie sie von uns vorgeschlagen ist, würde sowohl den Zielen unserer Organisation entsprechen, als auch die Gewähr dafür bieten, einen Stab von tüchtigen und schaffensfreudigen Beamten heranzuziehen, zum Vortheile unseres Verbandes.“

Ein weiterer Antrag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes an den Verbandstag ist von gleich großer Bedeutung für das deutsche Gewerkschaftsleben. Es handelt sich um nichts Eringeres als um ein Pensionsstatut für die Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dem beantragten Statut entsprechend, soll für alle Beamten nach neunjähriger Dienstzeit ein Ruhegehalt von 600 M. pro Jahr gezahlt werden. Es steigert sich mit der Dauer der Dienstzeit um jährlich 60 M. bis zu einem Höchstbetrage von 1800 M. Die Ausbringung der Mittel, die von einem hierzu eingesetzten Verwaltungsausschuß verwaltet werden, erfolgt durch Zuwendungen aus der Kasse des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und zwar a) durch eine einmalige Zuwendung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbandes als Stiftungsfonds; b) aus einem Jahresbeiträge in der Höhe von 5 Prozent der aus Verbandsmitteln gezahlten Jahresgehaltssummen und aus sonstigen Zuwendungen.

Pensionsberechtigung tritt mit dem vollendeten 60. Lebensjahr oder bei Dienstunfähigkeit in Folge körperlicher oder geistiger Schwächung ein. Außerdem ist eine Regelung der Versicherungsfrage gegen Unfallgefahr der Angestellten für den nächsten Verbandstag in Aussicht gestellt.

Ursprünglich war eine Regelung aller dieser Fragen in Gemeinschaft mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden geplant, so heißt es in der Begründung des Antrags. „Da aber nach der Stellung mancher Gewerkschaften zu schließen, an eine Verwirklichung dieses Planes trotz der Sympathieerklärung des letzten Gewerkschaftskongresses in absehbarer Zeit nicht gegangen werden dürfte, bleibt unserem Verbands nichts weiter übrig, als die für ihn sehr brennende Frage selbst zu regeln, damit er vorkommenden Falles seinen Beamten gegenüber auch wenigstens gesichert ist.“

Die Annahme dieser Vorschläge würde für die gesammte deutsche Gewerkschaftsbewegung von vorbildlicher

Bedeutung sein. Mit ihr wäre die Möglichkeit geboten, einen Stamm gut qualifizierter Beamten an die Gewerkschaften zu fesseln.

**Fragekasten.**

Könnte mir einer der Herren Kollegen die Adresse des früher in Lockstädt wohnenden Buchbindermeisters G. W. Hermann angeben? Im Voraus besten Dank.  
Georg Schauble, Buchbinder, Dissen (Hann.).

**Briefkasten.**

Fr. L. in F. Fachgewerblische oder auf die Organisation bezügliche Artikel sehr erwünscht. Gruß.

G. A. in S. Bitte um Mitteilung, ob das Inserat einmal oder öfter erscheinen soll.

Heßer in B. Das war ja groß! Der Oberbremser reißt aber die ganze Gesellschaft raus.

**Abänderungen im Adressenverzeichnis.**

**Adressen der Gaubevollmächtigten.**

Gau X. Regierungsbezirke Münster, Arnberg, Düsseldorf, Köln und Aachen.

Gauvorort Elberfeld: Bernhard Gröndhoff, Elberfeld, Noßtr. 12. Vertrauensmann für Essen a. R.: D. F. Garisch, Grabenstr. 3.)

**Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.**

Adlershof b. Berlin: Rich. Schreck, Bismarckstraße 2.

**Abänderung im Verzeichnis der Reiseunterstützungs-Auszahler.**

Duisburg-Anhörung. Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte erhalten eine Vorkostenunterstützung von 50 Pf.

**An die Zahlstellen und Einzelmitglieder des VIII. Gaus.**

Nachdem der Antrag auf Abhaltung eines Gautags allseitige Zustimmung gefunden, berufen wir hiermit einen **Gautag für den Gau VIII** auf Sonntag den 12. Mai, Vormittags 11 Uhr nach Hannover ein.

Als Tagesordnung haben wir in Aussicht genommen:

1. Berichterstattungen: a) des Gauvorstandes, b) der Zahlstellen, c) der Einzelmitglieder.
2. Die Agitation im Gau und deren nächste Ziele.
3. Erlebigung der eingegangenen Anträge.
4. Verschiedenes.

Anträge auf Abänderung der Tagesordnung, sowie Anträge, die bei Punkt 3 der Tagesordnung erledigt werden sollen, sind uns bis zum **1. Mai** einzureichen.

Die Zahlstellen werden ersucht, ihre Delegierten baldigst zu wählen und uns hiervon Mitteilung zu machen.

Die Einzelmitglieder im Bezirke des Gaus (Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Cassel, Osnabrück und Minden, sowie Braunschweig, Lippe und Schaumburg) können ebenfalls am Gautag teilnehmen, haben aber die entstehenden Kosten, sofern nicht anderweitige Abmachungen mit uns getroffen sind, selbst zu tragen. Um zahlreichen Besuch des Gautags bittet

Der Gauvorstand  
J. A.: W. Harber.

**An die Mitglieder des XV. Gaus.**

In der letzten, von 45 Mitgliedern besuchten Versammlung wurde der Antrag einstimmig angenommen, dahin zu wirken, daß in nächster Zeit ein Gautag stattfinden möge. Der Antrag wird von der hiesigen Zahlstelle folgendermaßen begründet:

1. In Anbetracht der bevorstehenden Gründung eines bairischen Buchbindervereinsverbandes mit Anschluß an den deutschen Buchbindervereinsverband hält es die Zahlstelle Karlsruhe für notwendig, daß speziell die in Baden liegenden Zahlstellen zu diesem Vorgehen der Prinzipale Stellung nehmen.

2. In Anbetracht, daß die hiesigen Prinzipale es umwogen ablehnen, mit den Gehilfen zu verhandeln, trotzdem die Vereinbarungen, die wir im vergangenen Jahre mit den Prinzipalen getroffen haben, am 1. Mai d. J. abgelaufen sind.

3. Die Zahlstelle Karlsruhe hat, um den Beschlüssen des Verbandstages Rechnung zu tragen, eine Kommission gewählt, die mit der Ausarbeitung eines den örtlichen Verhältnissen angepaßten Tarifs, dem der Leipziger Tarif zur Grundlage dienen soll, betraut wurde. Um nun speziell in den kleineren in unserem Gau befindlichen

den Zahlstellen die Durchführung eines Tarifs, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, durchzuführen, hält die hiesige Zahlstelle einen baldigen Gautag für unbedingt notwendig, um auf demselben Mittel und Wege zu finden, damit die Agitation besser betrieben und endlich geregelte Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können.

Die im Gau XV befindlichen Zahlstellen werden aufgefordert, diesen von uns gestellten Antrag in ihren nächsten Versammlungen zu behandeln und der baldigen Abhaltung eines Gautags zuzustimmen.

Im Auftrag der Zahlstelle Karlsruhe:  
Georg Marktanner.

**Arbeiterbildungsschule Berlin.**

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Treppen.

Die Schule veröffentlicht den Lehrplan für das zweite Quartal. Ueber Entstehung und Geschichte der verschiedenen Religionen lehrt Montags Dr. Rudolf Steiner; am Freitag finden unter Leitung desselben Referate und Diskussionen über Themas aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben statt. Ueber deutsche Reichs- und preussische Staatsverfassung lehrt Dienstags Rechtsanwält Victor Fränkl und Donnerstags Fräulein Fanny Imle über Genossenschaftswesen.

Der Unterricht beginnt in Geschichte Montag den 22. April; Gesetzkunde Dienstag den 23. April; Nationalökonomie Donnerstag den 25. April; Nebelübung Freitag den 26. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

**Abrechnungen**

vom 1. Quartal 1901 sind bis 16. April bei der Verbandskasse eingegangen: Von Braunschweig mit 193,90 M., Erfurt 125,36 M., Osnabrück 45,45 M., Gotha 62,24 M. und von Koburg mit 53,40 M. **G. Danneberg.**

**Aachen.** Ueber die **Musterkartenfabrik von Gulen & Nebe** ist die Sperre verhängt. **Breslau.** Ueber die Firma **Georg Herzog, Schmiedebrücke**, ist die Sperre verhängt.

**Anzeigen.**

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig.** [196] [4 20]

**Verwaltungsstelle Hannover.**

**Sonabend** den 27. April, Abends 9 Uhr, im Kassenlokal, Neuestraße 27

**Hauptversammlung.**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Berlin.**

**Montag** den 22. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 3, Engel-Ufer 15

**Hauptversammlung.**

Tagesordnung:

1. Kassen- und Kontrollbericht.
2. Bericht über die Apothekefrage.
3. Ausgabe der neuen Legitimation für Familienangehörige.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Regensburg.**

**Sonntag** den 20. April, Abends 8 Uhr, im Separat-zimmer von Curingers Restauration am Judenstich

**Ordentl. Quartalsversammlung.**

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
2. Verschiedenes.

Freundlichst ladet hierzu ein

Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Berlin.**

Mittwoch den 24. April, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, Engelder 15

**Ordnentliche General-Versammlung.**

197] Tagesordnung: [2.70

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Zusatzantrag zur Geschäftsordnung.
3. Wahl eines Mitglieds zum Gauvorstand.
4. Verbandsangelegenheiten und Berichtedenes.

Das vollzählige und pünktliche Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

**Mitgliedsbuch legitimiert!**

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

**Die Ortsverwaltung.**

Um baldige Abrechnung der Billets vom Stiftungsfest wird dringend ersucht.

Billets à 75 Pf. zur Treptower Sternwarte sind noch in unserem Bureau zu haben.

**Zahlstelle Stuttgart.**

Sonntag den 21. April, Vormittags 1/10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gfllingerstraße [1.20

**Vertrauensmänner-Sitzung.**

Sonntag den 28. April findet ein

**Tanzausflug nach Cannstatt**  
im „Bären“ statt.

198] **Der Vorstand.**

**Zahlstelle Plauen i. Vogtl.**

Sonabend den 20. April im großen Saale der „Freundschaft“ [1.50

**Abend-Unterhaltung**

mit darauffolgendem

**Tanzkränzchen.**

Anfang 7 Uhr.

199.] **Das Komitee.**

Zutrittskarten sind bei den Bevollmächtigten, sowie bei allen Vertrauenspersonen zum Preise von 40 Pf. zu haben.

**Leipzig. Einzelmitglieder.**

Jeden Sonnabend Abend von 8 Uhr an  
**Zwanglose Zusammenkunft**  
im „Johannisthal“.

Heute, den 20. April, Abends pünktlich 1/9 Uhr

**Öffentliche Versammlung**

im „Johannisthal“.

200] Thema: [1.90

1. Alkoholfrage und Arbeiterfrage. Referent: Herr Koble.
2. Wie stellen sich die Leipziger Buchbinder zum Konflikt der Ärzte contra Ortskrankenkasse?
3. Gewerkschaftliches.

**Der Bevollmächtigte.**

**Nachruf.**

Am Montag den 1. April verschied nach längerem Leiden an der „Proletarierkrankheit“ unser treues Mitglied Kollege [1.90

**Albrecht Schöller**

im Alter von 86 Jahren.

201] **Zahlstelle Barmen.**

Die Kollegen und Kolleginnen werden hiermit zu unserer am Samstag den 20. April stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

im Gasthof „Zum Hirsch“, Hirschstr. 14, freundlichst eingeladen. [1.00

Stuttgart.

**Karl Wohlleb.**  
**Albertine Gokeler.**

**Deutscher Buchbinder-Verband**

Zahlstelle Dortmund.

Sonntag den 28. April, Nachmittags 5 Uhr

[3.20

im Saale des Herrn Mühlhausen, 1. Kampstraße 73

**17. Stiftungs-Fest**

bestehend in

**Konzert, Theater und Ball.**

**Der Vorstand.**

**Zahlstelle Altona.**

**Sechstes Stiftungsfest**

am  
Sonnabend  
d. 27. April  
1901

in den **Blumensälen Altona, Schmuckstraße**

(Inhaber: S. F. A. Schröder.)

**Vorträge · Theater · Ball.**

Anfang 9 Uhr.

**Der Festauschuß.**

**Alt-Hamburg 1850 (Mattler-Theater).**

Zur Aufführung gelangt:

204] **Roderich der Furchtbare** [10.80

oder **Liebe, Spund und Kognak** oder **Die Trauung um Mitternacht.**

Großes dramatisches Ritterschauspiel in 12 Gesängen, nach einem älteren Motto bearbeitet und der neuen Richtung angepaßt von Kollege Kümmeberger.

Regie: Kollege Küster.

Dargestellt von den Mitgliedern des Deutschen Schauspielhauses in Mottenburg.

**Personen:**

**Hubert** der Schweigame, Ritter von der Habichtsburg, starb am 31. Februar am Delirium Clemens, spielt nicht mit.

**Kunigunde**, seine Gattin, Schwiegermutter in spe, trinkt nach dem Tode ihres Gatten nur noch „Sanften Heinrich“!

**Rosalinde**, ihre richtige Tochter, Seute Deern! trinkt nie! **Adolar**, Ritter von Heisenprung, hübscher Kerl! Besondere Kennzeichen: Sein verdorrener Onkel war Flechtentier.

**Spund**, ein Knappe, arbeitslos, Mitglied des Deutschen Buchbinder-Verbandes, erhält nur die Verbands-

Ritter, Wolf, Patrioten, Kümme, Rosen, Bier. Ein hochansehnlicher Schararbeiter.

Neue Dekorationen (gemahlen auf der Heiligengeistfeldmühle).

Neue Kostüme (die Hosen geliefert von der „Goldenen Reum“, garantiert rein Wackfin, Meter 2,60 Mt.).

Ort der Handlung: **Die Habichtsburg.** Zeit: Um das Jahrhundert der Erfindung des Kognaks.

Arbeitslosenunterstützung, die Lokal-Arbeitslosenunterstützung wird zur Deckung langjähriger Kognatschulden benutzt.

**Roderich** der Furchtbare, über den wird nichts vertragen.

**Ein Ritter**, stumm } Basallen Adolar,

**Ein Ritter**, sprechend } Beide nüchtern.

**Witt-Duast**, Holzmaler und Hausfreund bei Mattler.

**Hannes**, Bütteleur bei Mattler. Geburtsort: Ede

Jungfernstieg und Bremener Sobob.

**Der Souffleur**, schnappt heimlich, in angemessenen Zwischenräumen.

**Scherm's Reisehandbuch**

\* für wandernde Arbeiter.

(Tourneb. f. Radf.) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1.50.

Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

**Dresden.**

**Gasthaus „Zum Senefelder“**

Kaufbachstraße 16.

Empfehle meine großen **Gast- und Gesellschaftsräume**

zur gefälligen Benutzung. [2.80

**Hochf. Biere — ff. warme und kalte Speisen.**

Verkehrslokal der Buchbinder.

Um gütigen Zuspruch bittet

206] **Hochachtungsvoll E. Adam.**

**Leipzig, „StadtHannover“**

Empfehle meine Säle und Zimmer: 20, 50, 100 bis

280 Personen fassend, div. Abende frei. **Freitag und**

**Sonabend Schweinstknochen. ff. Biere.**

**Große Auswahl v. Speisen à 40 Pf. Fremden-**

**betten v. 40 Pf. ab. Billard, Regalbah.** [1.60

Ergebnis [207] **E. Sander, Seeburgstr. 25/27.**

Unserem lieben **Blauen** beim Scheiden aus dem Junggesellenstand ein [1.00

**Herzliches Lebewohl!**

Stuttgart. Deine um Dich trauernden **Reichshofbrüder.**

**Lüchtige Stuisarbeiter**

auf **Sammletuis** finden dauernde Beschäftigung in der

Stuisfabrik von [1.40

209.] **Edmund Braun, Rahla i. Th.**

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

**Weiß- & Bayerisch-Bierlokal**

nebst **Verandzimmer** für 40 Personen und **Franz-**

**Billard.** [2.00

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Gemüthlicher Aufenthalt. **Telephon Amt 4 a 6591.**

**Gustav Ladewig,**

**Berlin, Kommandantenstraße 65.**